

Grosser Gemeinderat

Worb, 19. März 2019

386. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 18. März 2019, 19:30 Uhr
Sitzungsende	21:27 Uhr
Ort	Bühliweg 1, Worb, Kirchgemeindehaus Worb
Leitung	Christensen Sven (FDP), Präsident
1. Vizepräsidentin	Büchel-Wampfler Sandra (SP)
2. Vizepräsident	Fivian Bruno (SVP)
1. Stimmzähler	Suter Michael (FDP)
2. Stimmzähler	Santschi Jürg (BDP)
Mitglieder	Zwyer Lukas (BDP)
	Cetin Mayk (EVP)
	Moser-Utiger Silvia (EVP)
	Müller Bernhard (EVP)
	Stöckli Rolf (EVP)
	Zwahlen-Leibundgut Beatrix (EVP)
	Kämpfer Erwin (FDP)
	Lanfranconi Elena (FDP)
	Marchand Andy (FDP)
	Messerli Gregor (FDP)
	Schweizer Hans Peter (FDP)
	Stucki Daniel (FDP)
	Jorio Marco (GLP)
	Aebersold Daniel (SVP)
	Bernhard Martina (SVP)
	Steinmann Hans Ulrich (SVP)
	Stucki Simon (SVP)
	Waber Karin (SVP)
	Wälti Martin (SVP)
	Zingg Stephan (SVP)
	Cavargna Tiziano (SP) (ab 19:36 Uhr, Geschäft Nr. 1)
	Federer Guido (SP)
	Flentje Burkhard Sibylle (Grüne)
	Fröhlich Viktor (SP)
	Gimmel-Kündig Sandra (SP)
	Goetschi Thomas (SP)
	Gränicher Marius (SP)
	Marthaler Matthias (SP)
	Von Arx Roland (Grüne)
	Wenger Claude (Grüne)
Abwesend	Gosteli Hansjörg (FDP)

Jost-Pfister Catarina (GLP)
Kohli Stephan (SVP)
Lehmann Manfred (BDP)
Wittwer Anatina (SP)

Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Moser Christoph Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Reusser Christian, Gemeindeschreiber Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 4. Februar 2019: Genehmigung
3. 32/2/10 Schulanlage Zentrum Worb (Parzelle 33)
„10 Jahre sind genug – im persönlichen Austausch zu neuen Lösungen für das Areal Schulhaus „Zentrum“, Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
4. 32/3/1 Kindergarten Hänsel und Gretel Rüfenacht (Parzelle 2344)
„Kindergartenprojekt Rüfenacht; Lehren aus dem verfahrenen Projekt“, Interpellation der FDP-Fraktion: Stellungnahme
5. 33/10 Werkhof-Fahrzeuge, -Geräte, -Material
Kommunalfahrzeug Meili VM 3500; Ersatzbeschaffung: Kreditbewilligung
6. 33/42 Wasserversorgungsnetze
Wasserversorgung; Netzersatz Bleiche: Kreditbewilligung
7. 33/52 Abwasserentsorgungsnetze
Übernahme von regionalen Kanälen durch den Gemeindeverband ARA Worblental: Genehmigung zuhanden der Stimmberechtigten
8. 41/72 Alterspolitik
„Wohnen im Alter im Dreiklang auf der Hofmatt“, Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme
9. 41/82 Familienpolitik
„Frühförderung/Integration in der Gemeinde Worb“, Postulat der EVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
10. 56/2 Strassensignalisationen
„Tempo 30 Boll- und Enggisteinstrasse“, Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme
11. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 386	18.03.2019	1	2017/21-154	143	12/0/0

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich habe zwei Informationen. Gerne informiere ich zuerst über das Beteiligungsforum Stationsstrasse – Gsteigweg, welches vor einer Woche, am letzten Montagabend im Schulhaus Richigen zum zweiten Mal durchgeführt wurde. Unter der bewährten Leitung von unserem Gemeinderat Urs Gerber. Er hat sich eine Gruppe von Richigerinnen und Richigern, mit Vertretern des Gemeinderates und der Verwaltung zusammen mit professionellen Verkehrsplanern intensiv mit dem Verkehr auf der Stationsstrasse und dem Gsteigweg befasst. Ziel von dieser Gruppe ist, dass geklärt wird, wie der Verkehr auf dieser Strecke in Zukunft geführt und geregelt werden soll. Mit der zukünftigen Verkehrsregelung sollen eine ganze Zeile von Anliegen berücksichtigt werden. Es geht einmal darum, dass das heutige hohe Verkehrsaufkommen während der Pendlerzeiten zu reduzieren ist. Es geht darum, dass die Sicherheit auf der Strecke verbessert werden kann. Probleme sind hier vor allem die hohen gefahrenen Geschwindigkeiten. Danach will man die Bedürfnisse des Langsamverkehrs und der Fussgänger und natürlich auch die Bedürfnisse der Landwirtschaft auf dieser Strecke ernst nehmen. Gleichzeitig muss man natürlich im Auge behalten, dass gesetzlichen Vorgaben zu allen möglichen Parametern, bei welchen man schrauben könnte, existieren. Man muss natürlich berücksichtigen, dass die Kosten nicht ins Uferlose laufen und schliesslich ist es auch wichtig, dass nicht beliebig viel Land für allfällige neue Wege und neue Strassen beansprucht werden muss. Ihr merkt, dass wir vom Beteiligungsforum es hier mit einer recht komplexen Aufgabe zu tun haben. Und wie wir schon in der letzten Information erwähnt haben, wird sich die Gruppe noch mindestens ein drittes Mal mit dem Thema Verkehr auf der Stationsstrasse und Gsteigweg befassen müssen. Wir vom Beteiligungsforum sind aber sehr motiviert und auch zuversichtlich, dass wir in der zweiten Jahreshälfte eine gute Richiger-Lösung für die Verkehrsführung auf der Strecke Stationsstrasse – Gsteigweg präsentieren können. Soweit zum Beteiligungsforum Stationsstrasse – Gsteigweg und nun eine Information zum Kunstrasen. Wir haben hier an der letzten Sitzung dies zum Thema gehabt. Das Geschäft wurde bekanntlich an den Gemeinderat zurückgewiesen und in der Ziffer 2 vom Rückweisungsantrag steht, dass das Geschäft erst wieder vorgelegt werden darf, wenn die Höhe des Beitrags von der Gemeinde Vechigen bekannt ist. Zudem soll, dies war im anderen Rückweisungsantrag dabei, auch bei den übrigen umliegenden Gemeinden Beiträge zum Kunstrasen ausgehandelt werden. Wir haben das „gegebenenfalls“ so ausgelegt, dass eine namhafte Zahl von Leuten aus den betreffenden Gemeinden, aus den Gemeinden um uns herum, hier in Worb Fussball spielt. Wir haben das dann bei den beiden Fussballclubs erfragt und festgestellt, dass wirklich nur aus der Gemeinde Vechigen eine namhafte Zahl von Leuten in Worb Fussball spielen. Die anderen haben eigene Fussballclubs oder gehen in andere Richtungen. Damit ist aus unserer Sicht dieser Teil des Rückweisungsantrags erledigt, nämlich das, was die anderen Gemeinden betrifft. Das mit Vechigen ist etwas anderes und da haben wir uns mit den Vertretern des Gemeinderats Vechigen getroffen und mit ihnen das weitere Vorgehen geklärt. Sie haben uns eröffnet, dass sie das Geschäft „Beitrag an den Kunstrasen“ am nächsten Donnerstag im Vechiger Gemeinderat in erster Lesung behandeln werden. Ob dann schon ein Beitrag von Vechigen genannt werden kann oder ob sie noch weitere Lesungen benötigen, um dies zu klären, kann man jetzt noch nicht vorhersagen. Wir müssen uns also noch gedulden und wir werden hören, wie weit sie am gekommen sind. Die Gemeindevertreter von Vechigen haben uns aber versichert, dass wir bis zu den Sommerferien Bescheid erhalten und dann ist auch sichergestellt, dass wir das Geschäft hier im September, wie wir ursprünglich auch gesagt haben, behandeln können. Und damit ist die Realisierung des Kunstrasens im Sommer 2020 sichergestellt. Also falls diesem Kredit auch zugesprochen wird. Also soweit die zwei Mitteilungen zum Beteiligungsforum und zum Kunstrasen.

Büchel Sandra, SP+Grüne: Ich würde nicht Viktor verabschieden, wenn ich jetzt extrem viel sagen würde. Das ist nicht seine Art. Er kommt, macht seine Sache und geht wieder. Und darum mache ich das auch so. Vielen Dank für die Arbeit, die du gemacht hast. Manchmal musstest du uns etwas stallen und zurecht weisen. Wir haben dich bereits in der Fraktion verabschiedet und wünschen dir alles Gute. Falls es dir an einem Montagabend einmal langweilig ist, kannst du uns bei der Grossen Gemeinderatssitzung gerne besuchen.

Protokoll der Sitzung vom 4. Februar 2019: Genehmigung

Sitzung Nr. 386	Datum 18.03.2019	Traktandum 2	Beschlusnummer 2017/21-155	Geschäftsnummer 144	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	------------------------	------------------------

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

"10 Jahre sind genug - im persönlichen Austausch zu neuen Lösungen für das Areal Schulhaus 'Zentrum?', Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 386	Datum 18.03.2019	Traktandum 3	Beschlusnummer 2017/21-156	Geschäftsnummer 31486	Archivnummer 32/2/10
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-------------------------

Detailberatung

Büchel-Wampfler Sandra, SP+Grüne: Wie wir bereits im Titel geschrieben haben, sind zehn Jahre hin und her schieben von diesem Projekt genug. Wir hoffen, dass der Gemeinderat jetzt endlich den 800 Personen, die das Volkspostulat unterschrieben haben, Respekt zeigt und in die Gänge kommt. Das der Gemeinderat den Antrag auf erheblich Erklärung stellt, lässt uns mit einiger Skepsis doch gut hoffen. Nicht einig sind sich die SP+Grünen mit dem Gemeinderat, was der Punkt 4 anbelangt. Genau weil es neben der Tagesschule ebenfalls Bedürfnisse bezüglich Bewegung und Spiel, Parkieren und Abfallentsorgung gibt, betrachten wir es als umso dringlicher, mit der Tagesschule, dem Woodys, dem Altersheim, den anliegenden Geschäften sowie den Anwohner in Kontakt zu treten, an einen Tisch zu sitzen und ihre Bedürfnisse abzuholen und somit den Nutzungskonflikt zu minimieren und auch die politische Mehrheit zu finden. Warum dieser Austausch? Es soll nach zehn Jahren etwas entstehen, dass sich alle wünschen und nicht etwas, dass sich der Gemeinderat wünscht, weil es einfach und bequem zu realisieren ist. Die Stadt Bern bezieht mittlerweile bei solchen Projekten standmässig die betroffenen Personen in die Planung mit ein und sie machen sehr positive Erfahrungen damit auch was die Einsprachen anbelangt. SP+Grüne danken dem Gemeinderat, dass er sich endlich mit dem Geschäft befassen will und hofft auf Unterstützung der anderen Parteien für die Erheblicherklärung von diesem Postulat.

Lanfranconi Elena, FDP: Wir sehen es auch so, dass man aus diesem Dorfschulhausplatz mehr machen kann. Diese Meinung hat die FDP seit über zehn Jahren. Auf unserem Vorstoss aus dem Jahre 2008 steht, dass der Dorfschulhausplatz nach dem Bärenplatz die grösste und attraktivste Freifläche im Dorfzentrum von Worb ist. Das auf diesem Platz eine Vielzahl von Nutzungen möglich sind und dass man diesen Ort in die Verkehrssanierung einbeziehen muss. Heute ist die Verkehrssanierung fast fertig und der schöne Dorfschulhausplatz wird immer noch durch eine Hecke versteckt. Das ist Schade und da muss man eindeutig mehr daraus machen. Wir finden es erstens gut, dass die SP diesen Faden wieder aufgenommen hat und zweitens ist es auch schön, dass auf das Postulat von der FDP erinnert und sogar im Vorstoss erwähnt wurde. Die FDP-Fraktion befürwortet dieses Postulat und befürwortet, dass dies als erheblich erklärt wird. Der Gemeinderat stört sich am Begriff „Ergebnis offen“. Die FDP-Fraktion hat diesen Begriff so verstanden, dass man bei dieser Frage offen und kreativ sein soll. Dieser Ansatz finden wir gut, weil wir sehr darauf hoffen, dass man auf diesem Platz bald mehr machen kann, als nur parkieren und Flaschen zu entsorgen.

Wälti Martin, SVP: Auch die SVP-Fraktion ist grossmehrheitlich einverstanden mit dem Inhalt dieses Postulats. Wir hätten vielleicht einzig beim Titel nicht „10 Jahre sind genug“ gewählt, sondern „10 Jahre waren nötig“. Die SVP-Fraktion hat sich damals vor 10 Jahren zurückhaltend und sich eher skeptisch gegenüber diesem Projekt geäussert, weil vieles im Ungewissen war. Damals ist vor allem der Kinderspielplatz und zu einem späteren Zeitpunkt der lebendige Dorfschulhausplatz für alle Bevölkerungsgruppen im Zentrum gestanden. Die Erweiterung oder sogar ein Neubau der Tagesschule wurde nicht oder nur am Rande thematisiert. Rückwirkend müssen wir festhalten, dass jedes frühere Bauprojekt auf diesem zentralen Areal den heutigen Bedürfnissen viel zu wenig Rechnung getragen hätte und müsste wohl als Fehlkonstrukt bezeichnet werden, wenn ich mir ein Ganzes daraus mache. Aus heutiger Sicht muss man festhalten das es richtig war, dass der Gemeinderat in Hinsicht auf die damaligen Gemeindefinanzen, der blockierten Verkehrssanierung, bei welcher wir damals standen und die verschiedenartigen Bedürfnissen rund um den Dorfschulhausplatz, das Projekt zurückstellte. Die Zeit für eine Neugestaltung des Dorfschulhausplatzes ist heute deutlich besser als vor zehn Jahren. Für uns ist aber auch wichtig, es wurde schon genannt, dass der Platz auch den Bedürfnissen der Anstössern im Bereich Schulhausstrasse, Bühlweg und auch Bahnhofstrasse gerecht wird. Im Zentrum stehen für uns auch, unter vielen anderen, die Autoparkplätze, die nicht einfach bei einem solchen Projekt wegradiert werden dürfen, weil da geht auch viel kaputt. Wenn wir diesen Platz aufwerten, geht daneben trotzdem viel kaputt. Es ist uns wichtig, dass wir dem Rechnung tragen. Auch sollte es möglich sein, auf dem Areal künftig noch ein Festzelt oder zumindest ein kleines Festzeltgestell aufzustellen, je nach dem, was wir für Anlässe durchführen. Oder auch das Aufstellen von grösseren mobilen Geräten sollte möglich sein. Die SVP-Fraktion steht dem Postulat mit dem Titel „im persönlichen Austausch zu neuen Lösungen“, welches uns ausserdem sehr sympathisch ist, grundsätzlich positiv gegenüber und stimmt dem Gemeinderat zur Erheblicherklärung zu.

Beschluss:

Das Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel „10 Jahre sind genug – im persönlichen Austausch zu neuen Lösungen für das Areal Schulhaus ‚Zentrum‘“ wird einstimmig als erheblich erklärt.

"Kindergartenprojekt Rüfenacht; Lehren aus dem verfahrenen Projekt", Interpellation der FDP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 386	18.03.2019	4	2017/21-157	31487	32/3/1

Detailberatung

Suter Michael, FDP: Die FDP-Fraktion, das kann ich Vorne wegnehmen, ist mit der Antwort zur Interpellation befriedigt. Ich möchte die Gelegenheit hier wahrnehmen und der Verwaltung und dem zuständigen Gemeinderat für die Beantwortung danken. Zwei, drei ganz kleine Punkte erlaube ich mir, an dieser Stelle noch zu erwähnen. Die Interpellation wie auch die Antwort, welche darauf gegeben wurde, ist hier und da ein wenig symptomatisch für gewisse andere Projekte. Erstens hat dieses Projekt, wie wir uns erinnern, länger gedauert als es ursprünglich geplant war. Zweitens wurde es wahrscheinlich auch teurer, als geplant war. Und drittens lässt es den Gesamtrahmen ein wenig vermissen. Dies dann auch zu der Antwort, bei der da und dort noch etwas zu wenig Selbstkritik vorhanden ist. Die FDP gibt aber hier ihrer Hoffnung Ausdruck, dass es in der Zukunft bei anderen Projekten ein wenig ändert. Noch einmal die FDP ist darum mit der Beantwortung von dieser Interpellation zufrieden und dankt noch einmal bestens für die Antwort und der Verwaltung.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel „Kindergarten Rüfenacht; Lehren aus dem verfahrenen Projekt“ wird Kenntnis genommen.

Kommunalfahrzeug Meili VM 3500; Ersatzbeschaffung: Kreditbewilligung

Sitzung Nr. 386	Datum 18.03.2019	Traktandum 5	Beschlussnummer 2017/21-158	Geschäftsnummer 23046	Archivnummer 33/10
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Gränicher Marius, GPK: Es ist eine scheinbar klare Ausgangslage. Eine Ersatzbeschaffung für ein multifunktionales Kommunalfahrzeug, das in die Jahre gekommen und wegen starker Beanspruchung reparaturanfällig geworden ist. So steht es sinngemäss in der Botschaft im ersten Teil zum Punkt Ausgangslage. Die Schilderung dieser Ausgangslage und damit auch die Begründung der Ersatzbeschaffung machen knapp einen Viertel der Botschaft aus. In den restlichen drei Viertel geht es um das Verfahren für die Beschaffung, um die Anforderungen an das neue Fahrzeug und um die Kosten, die Finanzierung und die Tragbarkeit. Aber genau dieser erste Viertel hat die GPK Wunder genommen. Respektive die Begründung für die Dringlichkeit der Ersatzbeschaffung. Die Botschaft bleibt hier unserer Meinung nach einen Beweis dieser Dringlichkeit schuldig. Immerhin geben die Akten im Vorarchiv etwas genauer Auskunft. Diese zeigen nämlich unter anderem, dass sich auch schon die Baukommission und die Finanzkommission mit dem Geschäft befasst haben. In beiden Kommissionen wurde die Frage der Dringlichkeit aufgeworfen. Auf Antrag der Finanzkommission wurde eine Zusammenstellung der Unterhaltskosten des aktuellen Fahrzeuges Meili VM 3500 für die letzten fünf Jahre erstellt. Leider nur für die letzten fünf und nicht für die letzten zehn Jahre. Da gibt es offensichtlich keine Zahlen. Diese Zusammenstellung zeigt, so finden wir von der GPK, doch das eine oder andere Erstaunliche. Die Unterhaltskosten des Meili, Jahrgang 2009, Einstandspreis 150'000 Franken, betragen in den letzten fünf Jahren durchschnittlich 9'912 Franken. Am höchsten waren die Reparaturkosten rückblickend auf fünf Jahre im Jahr 2014, da war der Meili fünf Jahre alt und fünf Jahre in Betrieb. Im letzten Jahr lagen die Kosten unter dem Durchschnitt. Also sind die Kosten in den letzten Jahren nicht angestiegen. Wenn in der Botschaft von einer Reparaturanfälligkeit des Fahrzeuges gesprochen wird, muss festgehalten werden, dass diese Anfälligkeit mindestens bereits 2014 bestanden hat. Da fragen wir uns von der GPK, ob man im 2009 mit dem Modell Meili das falsche Modell ausgewählt oder ob man einfach ein „Montagsmodell“ erhalten hat. Bruno Allemann, Leiter des Werkhofs, hält in seinem Bericht an die FIKO fest, dass die Zahlen den Ansatz bestätigen, dass ein Fahrzeug während seiner Nutzungsdauer im Betrieb und Unterhalt nochmals Kosten in der Höhe des Anschaffungswertes auslöst. Wir wären jetzt davon ausgegangen, zugegebenermassen als Laien, dass wenn man jährlich in ein Fahrzeug 10'000 Franken investiert und Reparaturen vornimmt, man das Fahrzeug vielleicht länger als nur zehn Jahre benutzen könnte. Der Fahrzeugzustand ist gemäss Bericht des Werkhofs, diesen findet man auch im Vorarchiv, in praktisch allen ausgewiesenen Bereichen eigentlich gut. Einzig der Ölhydrostatmotor könnte ausfallen und würde Kosten von 15'000 Franken auslösen. Die GPK hat dem Gemeinderat, respektive der Bauverwaltung Fragen zur Dringlichkeit des Geschäftes gestellt und auch prompt Antwort erhalten. Danke an dieser Stelle. Die Antworten haben jedoch in erster Linie die gemachten Aussagen in der Botschaft nur bekräftigt und keine zusätzlichen Hinweise für die Dringlichkeit gebracht. Es steht ausser Frage, dass der Werkhof für eine effiziente Aufgabenerfüllung auf zuverlässige und einsatzfähige Fahrzeuge angewiesen ist. Den Beweis, dass der Meili VM 3500 mit grosser Wahrscheinlichkeit bald nicht mehr weiter einsatzfähig sein wird, bleiben die Verantwortlichen unserer Meinung nach mindestens in dieser Botschaft schuldig. Uns fehlen zudem auch Überlegungen, ob beim sonstigen guten Zustand des Fahrzeuges eine Reparatur des Ölhydrostatmotors, vielleicht sogar in Eigenleistung im Werkhof, nicht auch eine Möglichkeit wäre. Es werden also in der Botschaft keine Varianten aufgezeigt. Ob die sofortige Neubeschaffung eines Fahrzeuges die einzige Möglichkeit ist, stellen wir als GPK in Frage. Trotz dieser Fragezeichen beantragen wir dem Grossen Gemeinderat auf das Geschäft für eine Ersatzbeschaffung mit Kreditbewilligung einzutreten. Vielleicht kann ja Gemeinderat Wermuth das eine oder andere Fragezeichen noch aus dem Weg räumen.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Danke Marius für deine kritischen Bemerkungen. Ich denke, es ist eine Anschaffung von einem rechten Ausmass und ein wichtiges Fahrzeug im Werkhof. Wir haben zwei von diesem Typ und diese sind eigentlich sehr wichtig. Die Fragen, welche von der GPK in diesem Zusammenhang gestellt wurden, ob es überhaupt notwendig bzw. das Fahrzeug wirklich in einem Zustand ist, dass man es ersetzen muss oder ob man damals ein falsches Fahrzeug gekauft hat, ich denke die Antworten zu solch

grundlegenden Fragen können den Unterlagen entnommen werden. Der Meili ist ein Fahrzeug, welches einen relativ hohen Reparaturfaktor von allem Anfang an hat. Ich muss dich noch kurz korrigieren. Es war nicht so, dass man die Kosten in der FIKO wissen wollte. Sondern man wollte die Reparaturkosten in der ersten Lesung in der Baukommission wissen, welche man während der Lebensdauer von einem solchen Meili hat. Ich bin froh und dankbar, dass man dies zumindest bis ins 2014 zurückverfolgen konnte. Es wird nun vom Werkhof für jedes Fahrzeug separat und genau aufgeführt, welche Kosten für Ersatzteile und Reparaturen angefallen sind. Die Frage in dem Sinne ist auch durchaus berechtigt, wenn man vom Zustandsbericht von diesem Meili ausgeht, welcher vom Werkhof erstellt wurde. Bei den Fragen wurden einzig bei zwei Punkten geschrieben, dass zum Beispiel grössere Reparaturen zu erwarten sind. Ein Wechsel von diesem Ölhydrostatmotor ist eine aufwändige und teure Angelegenheit. Diese Aussage ist vom Werkhof gekommen aufgrund von Erfahrungen. Wir haben auch einen erfahrenen Mechaniker im Werkhof, welcher die Maschinen in- und auswendig kennt. Es ist klar, dass man dies hier auch erwähnen muss, sollte man den Ölhydrostatmotor wechseln müssen, dann stehen höhere Reparaturen an. Wie viel genau dieser Motor kostet, ob 9'000 oder 15'000 Franken kann ich hier nicht sagen, da ich dies vorgängig nicht abgesprochen habe. Es ist jedoch so, wenn dieser Motor ausfällt, dann hat es eine längere Reparatur mit Kostenfolge als Auswirkung. Dass die Nutzungsdauer von zehn Jahren hinterfragt wird ist legitim. Wir haben uns diese Frage in der Baukommission auch gestellt. Ich stehe da auch dahinter. Man muss es jedoch auch aus der Sicht des Werkhofs sehen. Der Werkhof hat einen Auftrag, welchen er ernst nehmen muss. Diese beiden Fahrzeuge sind insbesondere im Winterdiensteinsatz sehr wichtig. Wenn ein Fahrzeug ausfällt, dann hat man tatsächlich im Werkhof ein Problem, dass man gewisse Schneeräumungsarbeiten nicht termingerecht ausführen kann. Ihr wisst alle hier, wie schnell heutzutage der Konsument, welcher sagt, er zahle hier Steuern, ich will keine glatten Strassen, der Schnee muss weggeräumt sein, zum Telefon greift und dann ein Telefon in den Werkhof oder auf die Bauverwaltung kommt, was eigentlich los ist in dieser Gemeinde. Aus der Sicht des Werkhofs ist es ganz klar, dass das Strassennetz im Winterdienst sicher aufrechterhalten werden muss. Es geht hier nicht darum, dass man sagt, dies seien Behauptungen, welche man hier so sagt. Nein, es ist nicht so. Es geht nicht darum Behauptungen in die Welt zu setzen. Die Aussagen, welche hier enthalten sind, basieren auf Erfahrungswerten, aus Fakten und aus Zahlen, welche hinterlegt sind. Dies ist sehr wichtig. Die Kernfrage ist eigentlich in diesem ganzen Geschäft hier, ob wir das Risiko eingehen wollen, das Fahrzeug auf zwölf Jahre abzuschreiben. Die Abschreibung hat eine Kosteneinsparung von 3'000 Franken pro Jahr. Auf zwölf Jahre 3'000 Franken summiert sich natürlich auch. Man kann sagen, dass man auf 50 Jahre allenfalls ein Fahrzeug einsparen kann. Dies sind Fragen, welche durchaus legitim sind. Aber es ist die Frage hier in der Gemeinde Worb, ob wir dieses Risiko eingehen wollen. Sollte das Fahrzeug ausfallen, wird eine gewisse Zeit für die Reparatur benötigt. Bis die Ersatzteile beschafft werden können und die Serviceleistungen erbracht wurden. Dies war ausserdem auch ein Kriterienpunkt, welchen wir uns gesetzt haben. Wie ist die Serviceleistung beim Meili? Wie ist das Fahrzeug überhaupt im Unterhalt? Wie hoch sind die Unterhaltskosten? Dies sind Sachen, welche wir uns ganz genau überlegt und angeschaut haben. Wir haben uns sicher auch Überlegungen zu einem Elektrofahrzeug gemacht. Dies sind absolut Fragen, welche man sich in der Gemeinde machen muss. Um diese Frage schon vorweg zu nehmen, wir und auch ich persönlich sind der Meinung, dass es für eine Anschaffung von einem Elektrofahrzeug zum aktuellen Zeitpunkt mit dem Stand der Technik, verbunden auch mit dem Preis und im Zusammenhang mit dem Einsatz des Fahrzeuges, was geleistet werden muss, noch zu früh ist. Ich bin überzeugt, dass es eine Frage der Zeit ist. Es wird sicherlich nicht mehr solange gehen, dass wir um die Frage, ob wir ein Elektrofahrzeug anschaffen wollen, nicht mehr herumkommen. Ich glaube, dass es sogar für die Gemeinde Worb fast ein Muss sein wird, auf ein solches Fahrzeug umzuschwenken. Aber im Kontext muss es in verschiedenen Punkten einfach stimmen. Ihr seht, dass mein Hauptargument die Frage ist, ob wir diesen Weg gehen wollen und probieren das Fahrzeug zwölf Jahren laufen zu lassen. Möchte die Politik dieses Risiko auf sich nehmen und sagt ja, dieses Risiko möchten wir eingehen, wenn dann plötzlich irgendwo etwas anstellen sollte und man flexibel sein muss. Es fragt sich zudem, ob man dann auch etwas Verständnis aufbringen kann. Im Gemeinderat haben wir den Kredit so bewilligt und legen ihn euch so vor. Ich hoffe, ihr könnt diesem Kreditantrag zustimmen. Sollte es nicht so sein, dann werden wir weiter schauen.

Zingg Stephan, SVP: Die SVP-Fraktion stellt den Antrag auf Rückweisung des Geschäftes für die Ersatzbeschaffung mit folgendem Auftrag: Die Ersatzbeschaffung soll mindestens für zwei Jahre zurückgestellt und das betreffende Fahrzeug entsprechend unterhalten und in Stand gehalten werden. Begründung: Das Geld soll für dringendere Investitionen, welche in der Gemeinde anstehen, gebraucht werden. Es ist uns bekannt, dass im Werkhof gute Leute arbeiten, welche das Fahrzeug entsprechend unterhalten und in Stande halten können.

Danke Kari an dieser Stelle für deinen Einsatz an den Fahrzeugen. Die Firma Meili wird bei einem Ausfall des Fahrzeuges innert kurzer Zeit ein Ersatzfahrzeug zur Verfügung stellen können. Davon bin ich überzeugt. Auf dem Occasionsmarkt angebotene Fahrzeuge haben alle mehr als 7'000 Betriebsstunden, welche bei unserem Fahrzeug in ca. zwei Jahren erreicht werden. Uns macht es den Eindruck, dass das Geschäft gebracht wird, weil es im Finanzplan entsprechend vorgesehen ist und nicht weil Dringlichkeit besteht. Wir haben die GPK gehört, sie haben die gleichen Sachen gerügt und sagen trotzdem ja, wir wollen es und wir sagen eben nein, wir wollen es nicht. Uns ist auch bekannt, dass eine Vorführung beim Strassenverkehrsamt bevorsteht und eventuell der Ölhydrostatmotor ersetzt werden muss. Da sind wir jedoch überzeugt, dass auch dort mit den eigenen Leuten die Kosten tiefgehalten werden können. Betreffend den Abschreibungen, Bruno, da muss ich dir widersprechen, wir können nicht das Fahrzeug einfach plötzlich auf zwölf Jahre abschreiben. Das Fahrzeug ist rein buchhalterisch auf zehn Jahre abgeschrieben. Also die nächsten zwei Jahre schreiben wir nichts mehr ab, da das Fahrzeug abgeschrieben ist. Also gibt es dort ein Delta, mit welchem wir problemlos Unterhaltsarbeiten bezahlen können. Es ist tragbar von uns aus gesehen. Du hast noch gesagt, wegen den Elektrofahrzeugen, Bruno. Wir diskutieren nicht, welche Ressourcen für die Herstellung der Batterien der Elektrofahrzeuge gebraucht werden. Dies ist ausserhalb der Schweiz. Dies lassen wir in Südamerika, was diese dort für eine Sache haben. Tatsache ist diese, dass für solche schwere Arbeiten Elektrofahrzeuge in den nächsten Jahren ganz sicher nicht tauglich sind.

Marthaler Matthias, SP+Grüne: Zuerst bedanke ich mich bei Bruno Allemann und dem Team vom Werkhof für ihren Einsatz, welchen sie täglich leisten und nicht zuletzt auch für ein aufschlussreiches Gespräch. Aber zurück zum vorliegenden Antrag. Er reicht so hinten und vorne nicht. Die Gründe der Dringlichkeit sind in der Botschaft nicht ersichtlich. Es fehlen jegliche Varianten. Es gibt keinen Hinweis auf ein Evaluationsverfahren. Die Unterhaltskosten sind nicht nachvollziehbar hoch und die Betriebsstunden erscheinen verglichen mit Vorgängerfahrzeugen überraschend tief. Die Fraktion SP plus Grüne weist den Antrag zurück und erwartet einen vollständig ausgearbeiteten Antrag mit Varianten und Kriterienkatalog.

Stucki Daniel, FDP: Beim Projekt zur Ersatzbeschaffung des „Alleskönners“ in unserem Werkhof wurde so richtig gute Arbeit geleistet. Dies kann man hier einmal sagen. Bei der Evaluation im letzten Sommer wurde sehr viel Zeit aufgewendet und es wurde wirklich alles richtig angeschaut. Die Fragen, welche gestellt wurden, wurden offen und ehrlich beantwortet. Leider haben es all diese guten Arbeiten aus meiner Sicht nicht in den uns vorliegenden Kreditantrag geschafft. Würden all die offenen Fragen, welche seit dem Eingang der Unterlagen bis heute auch nur ansatzweise im Bericht stehen, dann hätte die FDP ohne weiteres ja sagen können. Angesichts der uns vorgelegten Informationen müssen wir jedoch nein sagen. Dies darf künftig nicht sein. Künftig wollen wir, saubere fundierte Entscheidungsgrundlagen haben. Daher empfehle ich und die FDP dem Rückweisungsantrag der SVP zuzustimmen.

Santschi Jürg, BDP/GLP: Die BDP/GLP-Fraktion hat das Geschäft auch diskutiert und wir haben uns ähnlich, wie es Bruno ausgeführt hat, auch über die Bedeutung von diesem Fahrzeug und insbesondere im Zusammenhang mit dem Winterdienst unsere Gedanken gemacht. Es ist schon klar, dass man halt einfach nicht weiss, wie lange es hält und wann es die grosse Reparatur gibt. Das jetzt die Gefahr von diesem Motorersatz im Raum steht, ist ein Faktor. Aber wann er dann aussteigen wird, weiss man nicht. Was jedoch der springende Punkt ist, dass man nicht darauf vertrauen kann, dass dies jetzt einfach noch hält und man muss unter angesichts der Wichtigkeit von diesem Fahrzeug sagen, dass dies jetzt wirklich so wichtig ist, dass dies laufen muss. Dies ist auch der Grund, dass wir gesagt haben, die Elektrofahrzeuge sind noch nicht so weit. Wenn dies sechs oder sieben Stunden mit einem Elektromotor fährt und dann aufgeladen werden muss und im Winter bei viel Schnee das Fahrzeug länger im Einsatz stehen sollte, dann ist das Fahrzeug schneller aufgetankt als eine Batterie aufgeladen. Aber dies ist ja noch nicht das Thema. Das Thema Elektrofahrzeug haben wir nicht hier. Man hat sich auch gefragt, muss es wirklich schon sein oder noch nicht, aber schlussendlich angesichts der Wichtigkeit von diesem Fahrzeug, sind wir zum Schluss gekommen, dass wir dafür sind.

Müller Bernhard, EVP: Wir haben dies bei uns in der Fraktion auch besprochen. Bei uns war auch die Frage der Sicherheit zu Oberst. Ich denke, ein Unfall, welcher vermieden werden kann, weil das Fahrzeug einsatzfähig und parat ist, lohnt sich. Es lohnt sich somit sicherzustellen, dass es funktioniert. Wir finden auch, es ist gerechtfertigt und danke noch der GPK für die guten Fragen, Sachen, welche uns auch beschäftigt haben, auch für deine Erläuterungen Bruno und dennoch finden wir von der Sicherheit her, ist es eine Investition, wo

ich finde, dass man diese verantworten kann. In Anbetracht dessen, dass man den einen oder anderen Unfall vermeiden könnte.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Ich merke, heute Abend ist hier ein gewisser Konsens zwischen der SVP und FDP. Schon im vorherigen Geschäft hat man einander gelobt. Es erstaunt mich eigentlich gar nicht, dass ihr jetzt beide für die Zurückweisung von diesem Geschäft seid. Mit der Begründung, dass nicht alle Fakten auf dem Tisch gelegen sind, habe ich Mühe. Daniel du hast selber gesagt, im Vorfeld seien die Gespräche gut und informativ gewesen. Die Sachen wurden auf den Punkt gebracht. Es ist klar, in einer Botschaft fängt man nicht an, alles von vorne aufzurollen. Für dies hat man eigentlich auch die Kommissionen, welche die Vorprüfungen machen und auch nachfragen. Zum Beispiel eine GPK, eine FIKO oder eine Baukommission. Man kann es immer besser und ausführlicher machen in einer Botschaft. Aber ich muss schon sagen, da habe ich meine Mühe. Ich nehme es einfach zur Kenntnis, dass zu wenige Informationen eingebracht wurden und man drei bis vier Blätter hinzulegen sollte, dass noch mehr für euch enthalten ist. Wenn dies von der Mehrheit gefordert wird, dann muss man dies schlussendlich auch so akzeptieren für das nächste Geschäft oder wenn es zurückgewiesen wird, dass man dies dann besser macht. Aber grundsätzlich ist für mich nach wie vor die Hauptfrage, will man den Auftrag weiterhin voll gewährleisten oder möchte man gewisse Risiken speziell im Winterdienst eingehen, dass man den Auftrag unter Umständen, wenn das Fahrzeug ausfallen sollte, nicht termingerecht erledigen kann. Ihr wisst so gut wie ich, wie schnell man zum Telefon greift und ausruft, warum die Strassen nicht so sind, wie sie sollten.

Ratspräsident Christensen Sven: Es ist mittlerweile schon fast so kompliziert wie beim Kunstrasen. Vielleicht machen wir dann einen Sitzungsunterbruch. Der SVP-Rückweisungsantrag enthält eigentlich kein Auftrag an den Gemeinderat. Ihr sagt, dass die Ersatzbeschaffung um mindestens zwei Jahre zurückgestellt werden soll und man soll das betreffende Fahrzeug im Moment unterhalten. Dies ist gemäss meinen Mithelfern hier nicht ein klarer Auftrag an den Gemeinderat. Es ist eigentlich eine Ablehnung. Der Rückweisungsantrag der SP+Grüne-Fraktion hat Forderungen an den Gemeinderat. Ich lese euch diese vor: „Die Fraktion SP plus Grüne fordert den Gemeinderat auf,

- einen Aufschub von mindestens zwei Jahren oder 5'000 Betriebsstunden (entsprechend Einsatz Vorgängerverfahrzeug) zu prüfen.
- eine revidierte Botschaft auszuarbeiten, welche valide Varianten aufzeigt, jedoch mindestens die Variante „Reparatur Ölhydrostatmotor“ und die Variante „Elektromotor“ beinhaltet.
- der neuen Botschaft den vorhandenen Kriterienkatalog zur Neuanschaffung beizulegen.“

Eigentlich würden wir jetzt über den Rückweisungsantrag der SP+Grüne-Fraktion abstimmen. Wünscht jemand einen Sitzungsunterbruch oder ist alles soweit klar?

Suter Michael, FDP: Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen. Ich bin ein wenig erstaunt. Und zwar ist dies nun das zweite Mal, wo dies passiert. Das letzte Mal passierte es beim Kunstrasenprojekt, dass wir mehrere Rückweisungsanträge hatten. Diese waren relativ ausführlich begründet und dann wurden sie noch während der Sitzung vom Ratsbüro abgeändert. Von mir aus gesehen, ist dies unzulässig. Wir haben hier als Parlamentarier das Recht, uns mit Anträgen Gehör zu verschaffen. Die Anträge sind sauber begründet und über die Anträge, wie sie eingereicht sind, wird auch abgestimmt. Es kann nicht sein, dass man vom Ratsbüro die Anträge noch während der Sitzung nimmt und inhaltlich abändert oder irgendeinen qualifizierenden Kommentar dazu abgibt. Wenn man dies nämlich macht, dann verändert man am Inhalt etwas. Dies ist unser Parlament bevormunden. Daher beantrage ich, dass man beiden Anträge hier zustimmt und diese als Rückweisungsanträge überweist, so wie dies die beiden Antragsstellenden wollten. Wie dies dann rechtlich aussieht und beurteilt wird, ist nicht die Aufgabe von unserem Rat. Es ist auch nicht die Aufgabe von unserer Regierung. Wir hier machen nicht „Juristerei“, für dies kann ich ins Büro gehen. Wir machen Politik.

Beschluss:

Der Ordnungsantrag für einen Sitzungsunterbruch wird grossmehrheitlich angenommen.

(Sitzungsunterbruch gemäss Ordnungsantrag von Michael Suter. Dieser dauert von 20.22 bis 20.34 Uhr. Der Protokollführer.)

Beschluss:

Rückweisungsantrag der SP+Grüne-Fraktion:

„Die Fraktion SP plus Grüne fordert den Gemeinderat auf,

- einen Aufschub von mindestens zwei Jahren oder 5'000 Betriebsstunden (entsprechend Einsatz Vorgängerfahrzeug) zu prüfen.
- eine revidierte Botschaft auszuarbeiten, welche valide Varianten aufzeigt, jedoch mindestens die Variante „Reparatur Ölhydrostatmotor“ und die Variante „Elektromotor“ beinhaltet.
- der neuen Botschaft den vorhandenen Kriterienkatalog zur Neuanschaffung beizulegen.“

Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion:

„Die Ersatzbeschaffung soll mindestens für zwei Jahre zurückgestellt und das betreffende Fahrzeug entsprechend unterhalten und in Stand gehalten werden.“

Die beiden Rückweisungsanträge werden einander gegenüber gestellt.

Der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion obsiegt mit 16 zu 11 Stimmen.

Beschluss:

Der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion wird mit 26 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen. Somit ist der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

Die Vorlage wird an den Gemeinderat zurückgewiesen. Die Ersatzbeschaffung soll mindestens für zwei Jahre zurückgestellt und das betreffende Fahrzeug entsprechend unterhalten und in Stand gehalten werden.

Wasserversorgung; Netzersatz Bleiche: Kreditbewilligung

Sitzung Nr. 386	Datum 18.03.2019	Traktandum 6	Beschlusnummer 2017/21-159	Geschäftsnummer 31774	Archivnummer 33/42
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Stöckli Rolf, GPK: Wir von der GPK haben die Ausgangslage als klar beschrieben empfunden. Das Geschäft ist unbestritten. Wir von der GPK beantragen dem Grossen Gemeinderat das Geschäft für den Netzersatz der Wasserversorgung in der Bleiche für einen Verpflichtungskredit von 278'000 Franken zu behandeln.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Das vorliegende Geschäft, wie ihr es habt, ist aus der Dringlichkeit entstanden, weil die Leitung tatsächlich schon x-mal kaputt gegangen ist. Man musste sie in den letzten drei Jahren x-mal reparieren und dazu kommt noch, dass die Leitungsführung, welche oberhalb der Häuser in der Bleiche durchführt, ein Risiko von Flutung respektive auch von den Folgekosten bei einem Leitungsbruch beinhaltet. Und weiter war natürlich eine Ausgangslage die Dringlichkeit der Leitung. Andererseits ist es so, dass das Projekt Richigenstrasse zurückgestellt wurde, denn dazu sind noch Einsprachen hängig. Deswegen hat man auch in der Bauverwaltung, im Bereich Tiefbau gewisse Kapazität um dieses dringende Geschäft vorzuziehen. Das Geschäft will man pushen und so schnell, wie möglich, den Leitungsersatz machen.

Auch aufgrund der ganzen Sicherheitsfragen respektive den weiteren Schäden, welche mit Kosten verbunden sind und andererseits auch im Zusammenhang mit der Kapazität, die man von der Bauverwaltung her hat. Ich war sehr froh, als sie auf mich zu kamen und fragten, ob man dieses Geschäft vorziehen kann. Wie sieht das aus? Und wie sieht es aus mit den ganzen Abläufen im politischen Verfahren? Und ich muss sagen, ich war sehr froh, dass man da vorwärts machen konnte. Es verlief alles zügig. Auch auf Grund der Erfahrungen, wie man es in der Botschaft sehen kann, konnte man gewisse Sachen, wie die Kostenberechnungen und Ingenieurberechnungen in Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro selber machen. Das hat natürlich dazu geführt, dass man dort gewisse Einsparungen der Kosten machen konnte. Andererseits ist es gleichwohl wichtig, dass die Sicherheit im ganzen Ablauf des Geschäftes und bei den Ausführungsarbeiten schlussendlich auch gewährleistet ist. Wenn dies so gewährleistet ist, sollte auch der Kredit, welcher hier gesprochen wird, mit den Reserven eingehalten werden. Aus diesem Grund und aus dieser Dringlichkeit hinaus beantragen wir, vom Gemeinderat, euch diesem Sanierungskredit von 278'000 Franken für den Leitungersatz im Berstlining-Verfahren zuzustimmen.

Zwyer Lukas, BDP/GLP: Auch wir von der BDP/GLP-Fraktion sind für das Geschäft und für den Kredit. Es scheint dringend nötig zu sein. Es ist lobenswert, dass auch hier der Ersatz im Berstlining-Verfahren gemacht wird, welches ja schon beim Richigenstrasse-Projekt besprochen wurde. Dies kommt ja günstiger.

Jorio Marco, GPK: Die GPK hat Fragen gestellt an den Gemeinderat und diese wurden eigentlich nicht beantwortet. Wir haben das Protokoll bekommen und ich lese es kurz vor: „Die GPK fragt sich, ob die Lebensdauer von den Leitungen kürzer ist als bei Gussleitungen.“ Wir haben von Gussleitungen gesprochen, die sind 70 bis 80 jähig gewesen und jetzt haben wir solche zwischen 40 bis 60 Jahren. Also sind das relativ schlechte Leitungen. Die nächste Frage ist: „Enthalten Eternitleitungen nicht auch Asbestfasern und bleiben die alten Leitungen bei diesem Verfahren im Boden?“ Dazu hätten ich oder wir alle gerne noch eine Antwort vom Gemeinderat.

Fivian Bruno, SVP: Wir haben an unserer Fraktionssitzung dieses Dossier nur kurz angeschaut, dies aus dem Grund, weil der Ersatz dieser Leitung absolut notwendig ist, was man am letzten Rohrbruch im Januar unschwer erkennen kann. Wir hoffen, dass bei dieser gezwungenen Schnellschussaktion alles gut geht und wünschen, dass es zum gewünschten Resultat führt. Wir werden selbstverständlich zustimmen.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Also noch zu den Fragen. Ich habe gedacht, wenn der offizielle GPK-Sprecher keine Fragen dazu hat, sage ich auch nichts dazu. Aber nun hatten wir einen inoffiziellen Sprecher. Nun Kritik an die GPK: Sie könnten sich besser absprechen, ich glaube da sind wir uns einig. Aber die gestellten Fragen, im Zusammenhang mit dem Asbest, sind absolut berechtigt. Das ist so, die Eternitleitungen enthalten alle Asbest. Und wie wir alle wissen, ist beim Umgang und Abbruch von asbesthaltigen Sachen höchste Vorsicht geboten. Bei Berstlining ist es so, dass alles unter dem Boden passiert. Durch die Einführung von dem anderen Rohr öffnet sich das schon, aber da es nicht mit Sauerstoff in Verbindung kommt, ist es auch nicht kontaminiert und man atmet dies auch nicht ein. Von dem her kann man das Verfahren bedenkenlos anwenden. Neben dem, was noch gesagt wurde, ist es auch kostengünstiger. Man hat den gleichen Effekt von der Sicherheit her und den Grabarbeiten, die man machen muss. Nur ist es einfach teurer. Das ist immer so eine Frage Eternit oder doch Gussleitungen? Welche hat eine längere Lebensdauer? Im Prinzip hat die Gussleitung eine längere Lebensdauer, aber dort ist immer die Frage, wie sorgfältig die Leitungen vor 50 bis 60 Jahren verlegt wurden und wie die Bodenbeschaffenheit ist. Wie sind die PH-Werte? Wie war die Ummantelung? Das sind so wichtig bautechnische Sachen, welche zu einer Verlängerung der Lebensdauer führen können. Im Zusammenhang mit einer Grauguss oder Metergussleitung oder eben einer Eternitleitung. Deswegen hat man bei den Rohren, welche man heutzutage einlegt, höhere Erwartungen an die Lebensdauer. Ich hoffe die Fragen sind damit beantwortet.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Für den Netzersatz der Wasserversorgung in der Bleiche wird ein Verpflichtungskredit von CHF 278'000.00 bewilligt; betroffen ist das Konto 350.5031.25 der Investitionsrechnung.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Übernahme von regional relevanten Anlagen der Abwasserentsorgung Worb durch den Gemeindeverband ARA Worblental: Genehmigung zuhanden der Stimmberechtigten

Sitzung Nr. 386	Datum 18.03.2019	Traktandum 7	Beschlusnummer 2017/21-160	Geschäftsnummer 1067	Archivnummer 33/52
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	-------------------------	-----------------------

Detailberatung

Jorio Marco, GPK: Die GPK hat sich, wie alle anderen Geschäfte auch dieses gründlich angeschaut. Es wurde ja schon lange eingeführt und zwar nicht zuletzt durch den Beschluss des GGR vom 25. Juni 2018 als wir für die Sanierung der regional genutzten Teile der Worber Abwasserentsorgung bereits 395'000 Franken bewilligt haben. Für die GPK informiert die Botschaft gut über das Geschäft, absolut genügend. Sie empfiehlt darum das Geschäft zu behandeln. Trotzdem hat die GPK noch einige Fragen an den Gemeinderat gestellt. Erstens sind die Sanierungsarbeiten im Umfang von 395'000 Franken bereits abgeschlossen, überhaupt schon eingeleitet worden oder wann ist mit dem Abschluss zu rechnen? Die zweite Frage: Worb gibt Anlagen im Zeitwert von 8,9 Millionen Franken ab, wie sieht das bei den anderen Gemeinden aus? Was bringen sie ein? Entsprechen die Werte ungefähr den Werten, die Worb einbringt oder bringen wir von Worb mehr als die anderen ein? Die dritte Frage: Wir haben einige Zweifel bei den Zahlen beim Einsparungspotenzial von 200'000 Franken, wie wurden diese berechnet? Sind in den letzten Jahren tatsächlich 180'000 Franken an Werterhalt und 20'000 Franken in Unterhalt investiert worden? Wenn man sieht, dass wir einen grossen Investitionsstau haben und wenn man die gut gefüllte Kasse der Spezialfinanzierung anschaut, haben wir da einige Zweifel.

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Hinten auf dem Bildschirm sieht man die kompletten Abwasseranlagen vom ganzen Gemeindeverband ARA Worblental. Anstoss auf das hier vorliegende Geschäft stammt ursprünglich aus dem Jahr 2010 und kam aus Worb. Da die jetzige Situation nicht mehr solidarisch ist. Hier auf dem Plan sieht man, ganz links befindet sich die ARA Worblental, welche über sämtliche Gemeinden bis nach Arni führt. In den sechziger Jahren hat man diesen Gemeindeverband gegründet. Worb war von Anfang an dabei. In den siebziger Jahren hat man in Worblaufen eine Kläranlage gebaut. Worb war zu dieser Zeit am Schluss des Verbandes. Später sind dann Biglen, Arni, Schlosswil und Trimstein noch dazu gekommen. Von dann an, hat auch Worb überregionale Wasserkanäle gehabt. Diese Kanäle haben einen Zeitwert von 8,9 Millionen Franken. Der Wiederbeschaffungswert wäre 18,3 Millionen Franken. Bis heute unterhält jede Gemeinde, Worb und oberhalb von Worb, auf ihrem Boden die Abwasseranlagen und entschädigt sich gegenseitig mit diversen Verträgen. Ausnahme bei uns ist die Leitung auf Vechiger Boden. Diese haben wir gebaut, um an Wattenwil und Bangerten in den neunziger Jahren anzuschliessen und sie gehört bis zur Mühle Vechigen uns. Nun hier auf dem Plan sieht man violette und rote Leitungen. Die violetten Leitungen gehören dem Gemeindeverband ARA Worblental. Die roten Leitungen sind all die Leitungen, welche abgegeben werden. Und zur Frage der GPK. Worb gibt von all den Leitungen, welche abgegeben werden, rund 40 Prozent der Leitungen ab. Man sieht hier, wie unsolidarisch eigentlich die Situation im Moment ist. Abgerechnet und gezahlt an die ARA wird, wie viel Abwassermenge geliefert wird. Worb zahlt eigentlich seit Jahren stabil rund 15 Prozent an die ARA vom ganzen Abwasser des Gemeindeverbundes. Das heisst, wir zahlen auch 15 Prozent an sämtliche gemeinsame Leitungen, die violett eingezeichnet sind und wir unterhalten zusätzlich alle Leitungen auf unserem Gemeindegebiet, obwohl auch andere Gemeinden diese mitbenützen. Gerade beim Plan, wenn ihr Anfangs Gemeinde Worb schaut, fliesst von Biglen und von Arni her sicher mehr Wasser von anderen Gemeinden als von Worb durch Enggiststein und deshalb ist die heutige Situation eigentlich nicht mehr solidarisch. Deshalb auch die Länge von dem ganzen Geschäft. Worb kann mit Abstand die meisten Kanäle abgeben und spart so

jährlich 130'000 Franken. Andere Gemeinde, welche weniger abgeben können, zahlen in Zukunft mehr Beiträge an den Gemeindeverbund. Der Gemeindeverbund wird ja grösser. Zum Beispiel Ostermundigen hat jährlich Mehrkosten von 100'000 Franken, Bolligen bis 50'000 Franken mehr jährlich. Mittlerweile haben sämtliche Gemeinden diesem Geschäft zugestimmt. Worb ist noch die letzte Gemeinde, die zustimmen muss. Grund dafür ist, dass durch die Menge und den Wert der Leitungen die Volksabstimmung das zuständige Organ ist. In anderen Gemeinden konnten das der Gemeinderat, das Parlament oder die Gemeindeversammlung beschliessen. Zu begrüssen ist sicher auch, dass in Zukunft die ARA sämtliche Hauptkanäle und Sonderbauwerke in ihrer Verantwortung haben. Neben Optimierungen beim Ablauf und bei Instandhaltungen kommt es sicher günstiger, als wenn jede Gemeinde es für sich macht. Zudem ist auch gewährleistet, dass die immer höheren Anforderungen des Gewässerschutzes eingehalten sind. Gerade auch weil viele Abwasserkanäle sehr nahe an der Worblen verlaufen. Der Gemeindeverband hat, bevor das Geschäft angefangen hat, die Grundsätze getroffen. Beschlossen wurde, dass wie üblich im Abwasserbau und Strassenbau die Kanäle in saniertem Zustand zu null Franken übergeben werden. Als saniert gelten die Kanäle, bei welchen die letzten Kameraaufnahmen nicht mehr als zehn Jahren alt sind. Worb hat die Sanierungen soweit abgeschlossen. Dies war auch eine Frage der GPK. Die Zeit läuft jedoch und es gibt mittlerweile schon wieder Strecken, welche die Kameraaufnahmen schon zehn Jahre oder länger her sind. Das heisst, dass Worb wahrscheinlich noch nachsanieren muss. Vielleicht noch ein kurzes Wort zum Unterschied zum WVRB-Geschäft, welches wir vor kurzer Zeit hatten, bei welchem wir Leitungen und Bauwerke verkaufen konnten. Der grösste Unterschied ist hier vielleicht, dass Worb bereits im ARA Gemeindeverband dabei ist und nicht wie beim WVBR mit seinen Anlagen dazukommt. Kurz zusammengefasst: Die Gemeinde Worb hat grosses Interesse die Abwasseranlagen dem Gemeindeverband zu übergeben. Wir werden in der Anlagebuchhaltung bei den Einlagen in die Spezialfinanzierung sowie beim Betrieb und Unterhalt entlastet und es wird endlich die nicht mehr solidarische Situation bei der Kostenbeteiligung behoben. Deshalb beantrage ich euch dem Geschäft zuhanden der Stimmbevölkerung zuzustimmen.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Auch wir von der SVP-Fraktion haben dieses Geschäft angeschaut und aus unserer Sicht ergibt die Abtretung dieser Anlagen eigentlich nur Vorteile. Wir haben uns informiert und gemerkt, dass eigentlich die Worber das ganze Worblental herab immer wieder helfen müssen zu zahlen und aufwärts hilft uns niemand zu zahlen, weil da alte Verträge bestehen und es vertragsrechtlich nicht genau definierte Angelegenheiten sind. Also wenn man sich das vorstellt, handelt es sich um eine recht komplizierte Ausgangslage. Und das hat Adrian vorhin gesagt, die Abtretung der Anlagen führt dazu, dass das ganze Worblental hinauf und hinab gesamteinheitlich organisiert wird. Und somit haben wir dann endlich eine Lösung für diesen unhaltbaren Zustand. Die Kostenersparnisse sind sicher auch ein Argument, das sind die 130'000 Franken, welche in der Botschaft stehen und wir haben auch den Eindruck, dass das Ganze für die Gemeinde administrativ eine riesen Erleichterung ist, anstatt immer zu streiten, wer nun genau welche Kosten trägt. Wir begrüssen, dass die Gemeinde Worb die Abtretung angestossen hat und werden diesem Geschäft zustimmen.

Federer Guido, SP+Grüne: Eigentlich ist das Geschäft schon mit der Genehmigung des Sanierungskredits entschieden gewesen. Aus meiner Sicht hätte man die beiden Geschäfte auch besser zusammen genommen, weil das Eine quasi die Voraussetzung für das Andere ist. Bei den betreffenden Leitungen, welche man abgeben will, handelt es sich um Durchgangsleitungen, welche, wie schon gesagt, nicht nur der Gemeinde Worb dienen. Deswegen ist es auch logisch, dass diese Leitungen im Besitz des Gemeindeverbandes sein sollten und er auch für den Unterhalt und für Neuinvestitionen verantwortlich ist. Durch die Übergabe trägt Worb nur noch ein Anteil, gemäss dem Gemeindeschlüssel des Gemeindeverbands und nicht mehr die Gesamtkosten. Obwohl der Gemeindeschlüssel für Worb ansteigt, wird Worb finanziell entlastet. Vor allem auch durch den reduzierten Werterhalt und reduzierten Betrieb und Unterhalt von den Anlagen. Durch die Entlastung werden auch die nötigen Einlagen in die Spezialfinanzierung in der Gemeinde Worb und deshalb auch die Gebühren tendenziell sinken. Alternativ könnte man probieren, wie man es bis anhin gemacht hat, ein Teil bei den oberliegenden Gemeinden einzufordern. Weil das aber sehr kompliziert ist und immer zu Streit führt, ist das keine gute Lösung und die Abtretung an den Gemeindeverband sicher die bessere Variante. Man spart auch keine Kosten, wenn man es behält wegen den Sanierungen, die gemacht werden mussten. Die hätten sowieso kurz- bis mittelfristig gemacht werden müssen und sind jetzt einfach konzentriert ausgeführt worden. Die betreffenden Leitungen wurden saniert. Wenn man jetzt mit der Übergabe zuwartet und das Geschäft verschiebt, müssten wieder Zustandsaufnahmen gemacht werden, wie sie jetzt zum Teil schon nachgeholt werden müssen. Es werden einfach mehr und allenfalls müsste man wieder sanieren und diese Sanierungen müssten wir wieder

alle selber bezahlen. Darum ist es sicher gut, je schneller wir die Leitungen übergeben desto besser. Der Gemeindeverband hat ein Nettoprinzip, das heisst, er übernimmt die Leitungen unentgeltlich und die anfallenden Betriebs- und Investitionskosten von rund 9 Millionen Franken pro Jahr im Verhältnis der gelieferten Wassermengen können auf die Gemeinden aufgeteilt werden. Deswegen ist die Verschuldungssituation vom Wassergemeindeverbund klein und die Finanzen sind gesund und es besteht kaum ein finanzielles Risiko. Deshalb wird die Fraktion SP+Grüne diesem Geschäft zustimmen.

Santschi Jürg, BDP/GLP: Wir haben das auch diskutiert und sind vorbehaltlos einverstanden und werden dem Geschäft zustimmen respektive unterstützen es.

Marchand Andy, FDP: Grundsätzlich schliessen wir uns den Argumenten der Vorredner an, es macht keinen Sinn, wenn ich diese noch einmal wiederhole und stimmen dem Geschäft zu. Ich habe einzig und alleine noch eine kleine Frage bezüglich der Seite 5 des Entwurfes der Botschaft. Einfach zum Sicherstellen, dass dort kein Druckfehler ist. Beim Artikel 5 ist die Rede vom 1. November 2018 und das einzige, was ich noch wissen möchte, sollte dort nicht 2019 stehen oder ist wirklich die Meinung 2018? Einfach diese Frage war noch offen. Ansonsten stimmen wir diesem Geschäft positiv zu.

Cetin Mayk, EVP: Ich komme nur nach vorne wegen den Argumenten, die zuhanden der Botschaft sind. Wir haben alles gehört, aber wir wollen unsere 4 Punkte noch einmal festhalten. Die EVP stimmt dem Geschäft zu, weil für die Gemeinde Worb ergeben sich folgende Vorteile bei diesem Geschäft: Jährliche Einsparungen von 130'000 Franken, solidarische Kostenbeteiligung der Gemeinden, der Unterhalt der regionalen Abwasserkanälen ist Verbandsaufgabe und Verbesserung des Gewässerschutzes.

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Die Frage von Andy. Das ist tatsächlich so am 31. Oktober 2018 wurden die Rahmenverträge von sämtlichen Gemeinden unterschrieben. Seit dem 1. November 2018 unterhält die ARA bereits diese Kanäle und warten und in den Werterhalt einlegen. Der Rahmenvertrag ist natürlich unterschrieben unter Vorbehalt unserer Gemeindeabstimmung. Wie gesagt, die sämtlichen anderen Gemeinden haben diesem Vertrag bereits zugestimmt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wurde mit 34 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 27 Abs. 1 Bst. c der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 und zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 19. Mai 2019 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Die Abtretung der regional relevanten Anlagen der Abwasserentsorgung an den Gemeindeverband ARA Worblental wird genehmigt. Die Abtretung erfolgt ohne Abgeltung des Zeitwertes.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

"Wohnen im Alter im Dreiklang auf der Hofmatt", Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 386	Datum 18.03.2019	Traktandum 8	Beschlusnummer 2017/21-161	Geschäftsnummer 31490	Archivnummer 41/72
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Cavargna Tiziano, SP+Grüne: In einem Elterngespräch letzte Woche sagte der Lehrer über unseren Sohn: „Wir sind soweit zufrieden, aber...“. Das gleiche gilt es für uns hier betreffend dieser Stellungnahme. Die

Antworten sind informativ und bestätigen, dass die getroffene Vereinbarung zwischen der Dreiklang Hofmatt AG und der Altersbetreuung Worb gültig bleibt und die Dienstleistungen den zukünftigen Einwohnern zur Verfügung stehen werden. Der Bedarf von aktuellen Informationen ist vorhanden. Im Gemeindecontrolling letzte Woche mit der Spitex hat ein Vorstandsmitglied gerade eine Frage zu diesem Thema gestellt. Zu wenig konkret ist der letzte Abschnitt der Frage 5. Wir finden es wichtig, dass die Gemeinde sich für den genossenschaftlichen, auch für älteren Menschen bezahlbaren Wohnraum weiter engagiert und dass die guten Ziele, also die Legislaturziele, ihre Umsetzung erleben werden. Dafür genügt ein erster Planungsprozess, wie es in der Antwort zu dieser Frage steht, leider noch nicht. Und ich habe noch etwas hinzugefügt. Um allgemeine Prozesse in der Alterspolitik voranzutreiben, wären die Arbeit zum Beispiel in diesem Punkt und das Fachwissen einer Altersbeauftragten wirklich notwendig, aber eben. Die Stelle war sogar für drei Jahre weiter bewilligt, daraus ist aber nichts geworden. Das bedauern wir als Fraktion immer noch sehr stark.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel „Wohnen im Alter im Dreiklang auf der Hofmatt“ wird Kenntnis genommen.

"Frühförderung/Integration in der Gemeinde Worb", Postulat der EVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 386	Datum 18.03.2019	Traktandum 9	Beschlussnummer 2017/21-162	Geschäftsnummer 31485	Archivnummer 41/82
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Zwahlen-Leibundgut Beatrix, EVP: Wir haben eben gehört Frühförderung ist offenbar sehr vielseitig. Wir haben dieses Postulat mit fast gleichem Inhalt wie die SVP-Motion eingereicht. Es hat diesen einen Grund gegeben. Ich habe dies schon letztes Mal erklärt, wo es um die SVP-Motion gegangen ist. Wir waren nicht mit allen Punkten einverstanden. Danach wurde diese Motion in ein Postulat umgewandelt und das heisst, die Verbindlichkeit wurde aufgehoben. Trotzdem möchten wir an unserem Postulat festhalten und zwar einfach, weil wir finden, dass es ein sehr wichtiges Thema ist. Es muss etwas gehen in dieser Frühförderung. Ihr habt gelesen, was wir geschrieben haben und ich möchte in diesem Sinn auch der SVP danken, dass sie das Ganze angestossen haben. Wir möchten dies nun untermauern. Wichtig dabei wäre uns einfach noch, dass man wirklich beachtet, dass es nicht nur um die Frühförderung von Migranten geht. Wir haben inzwischen auch Schweizer Kinder, die Mühe haben, wenn sie in den Kindergarten eintreten. Man meint nun, dass man auch diesem Punkt Beachtung schenken sollte. Kulturangebote möchten wir ausweiten und nicht nur, wie es in der SVP-Motion steht, auf Muslime begrenzen. Es geht darum, dass wir wirklich die Kulturangebote für alle Ausländer anbieten würden. Neben Deutschkursen, das ist wichtig, dass man die Sprache versteht und kommunizieren kann. Aber nebst Deutschkursen ist es wichtig, dass die Familien lernen, wie man mit den Kindern umgeht. Das betrifft nun vor allem die Migranten. Es wissen es nämlich ganz viele nicht. Und da hat die SVP mit diesem a:primo-Projekt etwas angestossen. Das wurde uns vorgestellt und das wird jetzt auch weiter behandelt, ob man das einführen will oder nicht, weiss man noch nicht. Ich möchte einfach dazu noch sagen, man sollte wirklich gut abklären, was für eine Wirksamkeit solche Projekte haben, weil sie sind nicht billig. Wir können diese Leute nicht zwingen an einem solchen Projekt mitzumachen, wir können sie nur bitten, auffordern aber einen Zwang gibt es keinen. Ich bitte euch, dass man in diesem Thema weitermachen kann, unser Postulat als erheblich zu erklären.

Messerli Gregor, FDP: Das wäre dann mein letztes Votum in meiner Politkarriere hier in Worb. Das Fazit, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Fazit unter dem Punkt 2.6 finde ich richtig und es ist auch wichtig. Und da steht nämlich: „Dem Gemeinderat sind die frühe Förderung und die Integration von Erwachsenen und Kindern insbesondere aus den verschiedenen Kulturkreisen wichtig“. Darum wird auch die FDP-Fraktion diesem Geschäft zustimmen. Lässt mich doch ganz kurz eine Analogie auf meine 10 jährige politische Tätigkeit machen. Und da habe ich doch ein paar Punkte gefunden. Wir sprechen hier in diesem Geschäft von der frühen Förderung. Eigentlich müsste doch das politische Wissen, das was wir hier machen, die politische Praxis ein Obligatorium für jeden Schweizer Bürger sein. Es ist doch wichtig, dass man weiss, wie das Parlament funktioniert, wie die

Politik funktioniert. Es ist doch spannend, heute Abend die Interessensvertretungen mitbekommen zu haben. Das ist doch wichtig und denkt mal daran, wie viel Schrott in den social Medias heute vertreten wird, weil sie es einfach nicht besser wissen und weil sie nicht wissen, wie die Politik doch eigentlich funktioniert. Es gäbe viel weniger Fäuste im Sack, es gäbe viel weniger Nörgler, wenn sie endlich wüssten, was wir in der Politik doch eigentlich machen. Auch die Integration wird in diese Stellungnahme des Gemeinderats aufgenommen. Dort wird von unterschiedlichen kulturellen Situationen gesprochen, das haben wir, glaube ich, hier nicht. Wir haben auch keine Migrationspartei. Aber trotzdem haben wir heute Abend und auch in der letzten Sitzung einige politische Differenzen schön gesehen. Aber manchmal ist das auch das Salz in der Suppe und ich finde das spannend, dass man sich hier ein wenig auf den Zahn fühlen kann. Das gehört zur politischen Kultur. Aber trotzdem sind die persönlichen Kontakte, die ich mit euch gepflegt habe, wie zum Beispiel an den Weihnachtsanlässe oder an den Ratsausflügen habe ich als sehr sympathisch empfunden. Der Austausch mit euch auf dieser Basis war immer sehr sympathisch und für mich auch sehr bereichernd. Dafür danke ich euch herzlich. Mein Nachfolger sitzt da hinter, Marc Rothenbühler, wünsche ich wirklich viel Erfolg und auch ein gutes politisches Gefühl in den Fingern, so dass du auch Spass hast in diesem Gremium. Vielen Dank.

Büchel-Wampfler Sandra, SP+Grüne: Wir von der SP+Grüne-Fraktion sind heute nicht nur mit der SVP lieb, sondern wir sind auch mit der FDP und mit der EVP lieb. Es ist heute eine ganz emotionale Sache. Wir sind ja schliesslich im Kirchgemeindehaus. Das Verstehen und Lernen der Landessprache und der Landeskultur ist zentral für die persönlich sowie die schulische Entwicklung und Integration. Es ist enorm wichtig, dass die Kinder, welche bereits mit vier Jahren in die Schule kommen, die Lehrerinnen und Lehrer und die Kolleginnen und Kollegen zumindest ein kleines Stück verstehen. Darum freut es uns sehr, dass sich das Departement Bildung nun dem Projekt a:primo annehmen darf und die Gemeinde gewillt ist, in Zukunft in diejenigen Kinder Geld zu investieren, welche bereits seit der Geburt keine Chance auf Chancengleichheit hatten. Die SP+Grünen werden darum dieses Postulat als erheblich erklären.

Beschluss:

Das Postulat der EVP-Fraktion mit dem Titel „Frühförderung/Integration in der Gemeinde Worb“ wird grossmehrheitlich als erheblich erklärt.

"Tempo 30 Boll- und Enggisteinstrasse", Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 386	18.03.2019	10	2017/21-163	31489	56/2

Detailberatung

Von Arx Roland, SP+Grüne: Wir danken dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation und sind mit dieser soweit zufrieden. In der Zwischenzeit hat die öffentliche Auflage stattgefunden und da muss ich sagen, mit dieser Variante, die jetzt vorgesehen ist in dieser öffentlichen Auflage, dass man Tempo 50 macht mit der Begründung, dass man Fussgängerstreifen mit Mittelinseln machen und soweit es Platz hat noch sicherheitsgelbe Velostreifen aufmalen kann, sind wir gar nicht zufrieden. Wir die SP+Grünen haben gegen die Variante beim Kanton Einspruch erhoben und verlangen dort, dass man Tempo 30 und gleichzeitig an den gefährdeten Stellen trotzdem Fussgängerstreifen macht. Das ist nämlich heutzutage möglich und das sieht man in vielen 30er Zonen. Tempo 30 gibt mehr Sicherheit und reduziert auch den Lärm. Wir haben übrigens einen Flyer aufgelegt. Wir wollen die Schwachstellen für den Veloverkehr am 22. Juni mit dem Gemeinderat und dem Grossen Gemeinderat einmal anschauen und für die, die vielleicht nicht so oft in Worb velofahren, wäre das eine Gelegenheit, dies vom Velo aus anzuschauen. Der Flyer liegt auf und wir sind natürlich froh, wenn möglichst viele dies mit uns anschauen kommen. Die Details kommen später.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel „Tempo 30 Boll- und Enggisteinstrasse“ wird Kenntnis genommen.

Postulat der SVP-Fraktion mit dem Titel "Positionierung und Werbewirksamkeit der Plakatständer an den Ortseingängen und den Kernzonen verbessern"

Sitzung Nr. 386	Datum 18.03.2019	Traktandum 11	Beschlussnummer 2017/21-164	Geschäftsnummer 31841	Archivnummer 35/80
--------------------	---------------------	------------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

„Der Gemeinderat wird beauftragt, die offiziellen Standorte der Plakatständer an den Ortseingängen und den Kernzonen auf ihre Qualität und deren Werbewirksamkeit zu überprüfen. Die Verbesserung der Positionierung sowie eine Erweiterung der Standorte erachten wir als wichtige und aufwertende Marketingmassnahme für Worb. Ausgangslage/ Begründung: Die Hauptverkehrsachsen mit den wichtigsten Dorfeingängen (Rüfenacht-Worb, Rubigen-Worb, Muri-Rüfenacht, usw.) verfügen aktuell über keine offiziellen Plakatständer. Es ist auch zu bemängeln, dass Kernzonen in Worb sowie den Aussenbezirken nur teilweise über gute Standorte mit Plakatständern verfügen. Einzig gutes Beispiel ist der Bärenplatz in Worb. Bei den Gemeindewahlen und Urnenabstimmungen fehlen genügend Plakatständer an gut positionierten Standorten. An den letzten Gemeindewahlen im Jahr 2016 waren die verfügbaren Plakatständer derart massiert und eng aneinander aufgestellt, dass die Werbewirkung gegen null sank. Prüfaufträge

1. Die bestehenden sowie mögliche neue Standorte für Werbewände im ganzen Gemeindegebiet auf ihre Werbewirksamkeit prüfen und Verbesserungsvorschläge erarbeiten.
2. Neue attraktive Standorte inklusive Landerwerb und Nutzungsverträge zur Installation von Werbewänden an den Dorfhaupteingängen und den Kernzonen auf deren Machbarkeit prüfen.
3. Insbesondere in den gut frequentierten Kernzonen Worb und Rüfenacht sollte die Errichtung von sogenannten «Prismenwender» oder auch Kultursäulen geprüft werden. Prismenwender sind selbstleuchtende Plakatanschlagstellen, wo mehrere Plakate wechselweise zur Schau gestellt werden.“

Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel "Worber Abfalltourismus"

Sitzung Nr. 386	Datum 18.03.2019	Traktandum 12	Beschlussnummer 2017/21-165	Geschäftsnummer 31842	Archivnummer 34/0
--------------------	---------------------	------------------	--------------------------------	--------------------------	----------------------

„Der Gemeinderat wird gebeten, die nachfolgende Frage zu beantworten:

1. Könnte die Umwelt geschont werden, wenn Worb zusammen mit ihren Partnergemeinden, ihren Kehricht zur Verwertung nach Bern statt ins entfernte Zuchwil bei Solothurn transportieren lassen würde?
2. Weshalb ist es heute weiterhin vertretbar, dass der Kehricht in den Kanton Solothurn transportiert wird?

Begründung: Der Worber Müll unternimmt eine weite Reise: Die Verwertung des Worber Kehrichts erfolgt über die Organisation KEWU, welche insgesamt 13 Gemeinden der Region bedient. Der Ganze Müll, rund 13'000 Tonnen pro Jahr, wird mit Lastwagen in Umladestationen gebracht und geht anschliessend per Bahn zur Verbrennung in eine Kehrichtverbrennungsanlage nach Zuchwil bei Solothurn.¹ In früheren Jahren lieferten die KEWU-Gemeinden ihren Kehricht nach Bern. Weil die alte KVA Bern stark ausgelastet war, wurde entschieden, den Kehricht nach Solothurn zu bringen. Die Voraussetzungen haben sich inzwischen geändert. Seit dem Jahr 2013, besteht im Berner Forsthaus eine hochmoderne Energiezentrale, welche Kehricht, regionales Holz und Erdgas zu Strom, Dampf und Fernwärme verwandelt.² Auf Grund der veränderten Voraussetzungen, ist aus der Sicht der FDP angebracht, an den Umweltschutz zu denken und den aktuellen Abfalltourismus nach Solothurn zu hinterfragen.

¹ <https://www.kewu.ch/de/deponie/umladestation/>

² <https://www.ewb.ch/nachhaltigkeit/produktionsportfolio/energiezentrale-forsthaus>

Einfache Anfrage der SVP-Fraktion mit dem Titel "Poller-Sperrzeiten"

Sitzung Nr. 386	Datum 18.03.2019	Traktandum 13	Beschlussnummer 2017/21-166	Geschäftsnummer 31843	Archivnummer 33/20/1
--------------------	---------------------	------------------	--------------------------------	--------------------------	-------------------------

„Auftrag: Die letzten Medienbeiträge liessen ziemlich alle Fragen offen, wie die Poller zur Sperrung des Durchgangsverkehrs in Worb geregelt werden sollen. Die SVP-Worb bittet deshalb den Gemeinderat konkretere Aussagen zum Poller-Reglement zu liefern.

- Schliessung Bernstrasse: Wie viele Fahrzeuge dürfen pro Tag passieren, bevor die Poller hochgehen? Wird ein Durchschnittswert einer gewissen Zeit ermittelt oder individuelle Fahrten pro Tag? Was geschieht, wenn die erlaubte Anzahl überschritten wird?
- Schliessung Bahnhofstrasse: Gilt bei der Bahnhofstrasse dasselbe Reglement wie der bei der Bernstrasse?
- Gibt es aktuelle Verkehrszählungen zu den beiden Strassen, die eine Prognose über die voraussichtlichen Poller-Sperrzeiten erlauben? Falls ja, wie sehen diese aus?
- Wie interpretiert der Gemeinderat seine Aussage in den Medien «mehr Spielraum» und «eine flexiblere Lösung» bei den Poller-Sperrzeiten handhaben zu wollen?
- Was hat die Überprüfung der Änderung des Strassenplans ergeben, die der Gemeinderat im Einklang mit dem kantonalen Stellen unternommen hat?

Begründung: Nach den letzten Artikeln der Medien zufolge, ist es um die Pollerfrage aktuell etwas «neblig» wir möchten vom Gemeinderat eine Standortmitteilung und Erläuterungen eines allfälligen Massnahmenplans, um den Nebel etwas zu lichten.“

Sven Christensen
Präsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 13. Mai 2019

Jürg Bigler
Sekretär